

Richterswil, 25. August 1997

KR-Nr. 286/1997

POSTULAT von Bruno Bösel (FPS, Richterswil)

betreffend Vorankündigung von Radarkontrollen durch die Polizeiorgane

Der Regierungsrat wird eingeladen die Polizeiorgane anzuweisen, Radarkontrollen auf dem Gebiet des Kantons Zürich via Medien anzukündigen.

Bruno Bösel

Begründung:

Radarkontrollen sind zur Wahrung der Verkehrssicherheit unumgänglich und werden von mir ausdrücklich befürwortet. Wie der Regierungsrat bereits auf diverse Vorstösse geantwortet hat, werden Radarkontrollen schwerpunktmässig an potentiellen Unfallschwerpunkten durchgeführt. Oft empfinden die Verkehrsteilnehmer die Radarkontrollen jedoch als willkürlich und vertreten die Meinung, Radarkontrollen werden oft an Stellen durchgeführt die keine Unfallschwerpunkte sind. Diese vorgenannten Radarkontrollen erscheinen dem Bürger lediglich dazu geeignet die Bussenkasse zu füllen.

Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen und dem Bürger das Gefühl der staatlichen Schikane zu nehmen, könnten die Polizeikräfte mit einer offenen Informationspolitik arbeiten, die zudem kaum Kosten verursacht. Gedacht ist an eine einfache Telefaxmeldung, welche an die interessierten Medien am Vortag der Kontrolle verbreitet wird. Eine solche Meldung könnte lauten: "Die Verkehrspolizei des Kantons Zürich führt am Montagmorgen auf dem Gemeindegebiet der Gemeinde X Geschwindigkeitsmessungen durch. Die Verkehrsteilnehmer werden gebeten die signalisierten Geschwindigkeitsbegrenzungen einzuhalten."

Ich bin überzeugt, dass die vorgenannte Massnahme ausgezeichnet in das neue Verständnis im Verhältnis Bürger und Staat passt bzw. NPM entspricht.